

Presseinformation

München, 4. Dezember 2024

Ins Aufgabenheft der zukünftigen Regierung geschrieben

In der aktuellen politischen Situation brauche es „Sicherheit, Stabilität und Verlässlichkeit“ formuliert Dr. Gerald Quitterer, Präsident der Bayerischen Landesärztekammer (BLÄK) im Leitartikel der Dezemberausgabe des *Bayerischen Ärzteblattes* und schreibt folgende Forderungen ins Aufgabenheft einer zukünftigen Regierung:

„Wir setzen auf den Erhalt der ambulanten und stationären Versorgungsstrukturen. Um diese sicherzustellen gilt es, die Niederlassung von Haus-, Kinder-, und Fachärztinnen und -ärzten zu erhalten und zu fördern.“ Dies sei vorrangig vor anderen Versorgungsangeboten, wie die vom derzeitigen Bundesgesundheitsminister gelobten Gesundheitskioske und Community-Health-Nurses oder die von vielen herbeigesehnten digitalen Gesundheitsanwendungen. Der Präsident weiter: „Dringend erforderlich ist angesichts der Inanspruchnahme unseres Gesundheitssystems eine Steuerung der Patientinnen und Patienten. In zweierlei Hinsicht: erstens die Lenkung durch ein Primärarztsystem und zweitens die Steuerung der Inanspruchnahme durch eine intelligente Regelung der Vergütung, die nicht von einer Mindestanzahl von Patientenkontakten abhängt, um eine Abrechnungsziffer in Ansatz bringen zu können. Eine ungesteuerte Inanspruchnahme medizinischer Leistungen kann es nicht mehr geben, schon allein des Grundgedankens einer solidarischen Krankenversicherung wegen.“

Quitterer fordert eine Entbudgetierung haus- und fachärztlicher Leistungen, um „unnötige Quartalsuntersuchungen zu reduzieren, überfüllte Wartezimmer zu vermeiden und die Attraktivität der Niederlassung wieder zu erhöhen“, wie dies im Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz (GVSG) vorgesehen war, das wohl nicht mehr verabschiedet wird. „Ebenso muss endlich die gesetzliche Regulierung von investorenbetriebenen Medizinischen Versorgungszentren (iMVZ) umgesetzt werden, auf die wir in dieser Legislaturperiode vergeblich gewartet haben“, so der Präsident. Nicht zuletzt werde sich eine neue Bundesregierung klar zu Klimawandel und Gesundheit positionieren müssen. Es brauche zudem einen „klaren gesetzlichen Rahmen für gesundheitlichen Hitzeschutz auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene“.

Mehr dazu lesen Sie im Leitartikel „Ins Aufgabenheft der zukünftigen Regierung geschrieben“ der Dezemberausgabe 2024 des *Bayerischen Ärzteblattes* unter www.bayerisches-aerzteblatt.de.

Pressestelle